



**TOP 4 Ö Verkehrsentwicklungsplan Rosenheim  
- weiteres Vorgehen**

**VO/2017/0053**

Die Stadt Rosenheim beauftragte 2012 das Büro BSV Aachen mit der Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) Rosenheim 2025. Der VEP steckt den Rahmen für die verkehrliche Entwicklung Rosenheims bis 2025 ab; er ist im Kontext des Stadtentwicklungskonzeptes Rosenheim 2025 erarbeitet worden. Der VEP umfasst Ziele und Vorschläge für den Motorisierten Individualverkehr (MIV), Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr, Fußgängerverkehr, Ruhenden Verkehr (Parken) sowie weiche Maßnahmen (Mobilitätsmanagement) und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit.

Der gesamtstädtische Verkehrsentwicklungsplan liegt im Entwurf seit Juli 2013 vor. Im Juli 2015 wurde die Öffentlichkeit über Zielaussagen und Maßnahmenvorschläge im VEP informiert. 2016 wurde dieser VEP-Entwurf in einem modularen Verfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und Empfehlungen zum VEP aus Bürgersicht für Stadtrat und Stadtverwaltung entwickelt.

Dazu fand am 30. Januar 2016 eine Strategiewerkstatt des Stadtrates statt. Am 15. Juni 2016 wurden die Vorschläge des Gutachters in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. Anschließend wurden die Themen in drei Fachforen weiter diskutiert und am 20. Juli 2016 an einem runden Tisch zusammengeführt. Die Sprecher des runden Tisches stellten die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung am 29. November 2016 im Verkehrsausschuss vor.

Nach Abschluss der Bürgerbeteiligung soll jetzt die Beschlussfassung zum Verkehrsentwicklungsplan erfolgen. Der Schlussbericht des Gutachters in der vollständigen Fassung steht als Datei sowohl im ALLRIS als auch auf der Homepage der Stadt Rosenheim unter der Bezeichnung 120660\_be\_V60\_komprimiert.pdf zum Download bereit.

Die wichtigsten Zielaussagen wurden vom Büro BSV als Präsentation „Ergebnisse aus der Bearbeitung des Verkehrsentwicklungsplans“ für die Bürgerinformation zusammengefasst (siehe Anlage).

Nachfolgend sind die wesentlichen Vorschläge des Gutachters BSV, die in der Bürger- und Verbändebeteiligung zur Diskussion gestellt wurden, mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses zusammengestellt.

## Kfz-Verkehr

Der Gutachter schlägt vor, den Kfz-Verkehr stadtverträglich abzuwickeln durch

- Bündelung auf leistungsfähigem Hauptverkehrsstraßennetz
- Entlastung und verkehrsberuhigende Maßnahmen im Nebennetz
- Gewährleistung der Erreichbarkeit



## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Verkehrsfragen und ÖPNV am 16.02.2017

- mit gezielten Netzergänzungen zur Entlastung empfindlicher Straßenräume
- Ertüchtigung von Streckenabschnitten und Knotenpunkten im Hauptverkehrsstraßennetz einschließlich Verbesserungen im Radverkehr.

Zum Kfz-Verkehr wurden in der Bürger- und Verbändebeteiligung folgende Aussagen erarbeitet:

- Das Straßennetz (Hauptverkehrsachsen) ist ausreichend dimensioniert, wenn der Durchgangsverkehr reduziert wird. Ein weiterer Ausbau ist mit Ausnahme der fehlenden dritten Innbrücke nicht nötig
- Verkehrsnetz muss mit den Umlandgemeinden besser vernetzt werden
- Die Innenstadt ist (zeitweise) vom Verkehr überlastet
- Leistungsfähigkeit des innerstädtischen Straßennetzes für Kfz-Verkehr erhalten
- Erreichbarkeit der Innenstadt mit Kfz generell erhalten
- Erreichbarkeit der Innenstadt muss nach Nutzung differenziert betrachtet werden
- Die Innenstadt muss für Lieferanten, Kunden erreichbar sein
- Die Innenstadt muss für Umlandverkehr und ÖV erreichbar sein
- Binnenverkehr soll reduziert werden, attraktive Alternativen zum Kfz-Verkehr gestalten (Rad, ÖPNV)
- Reduzierung des MIV im gesamten Stadtgebiet
- Attraktiver Schulweg (Rad, ÖPNV) mit Reduzierung der Kfz-Bring-Holdienste

### ÖPNV

Der Gutachter schlägt vor, den ÖPNV zu stärken durch

- Prüfung räumlich-zeitlicher Erweiterung der Bedienung
- bessere Verknüpfung zwischen Bahn und Rad (B+R) in angrenzenden Gemeinden
- mittel- bis langfristige Weiterentwicklung des Schienenverkehrs mit zusätzlichen Haltepunkten.

Zum ÖPNV wurden in der Bürger- und Verbändebeteiligung folgende Aussagen erarbeitet:

- ÖPNV (wie Radwege- und Straßenbau) langfristig angesichts sich ändernder Verkehrssysteme als kommunale Leistung anbieten – kommunaler Versorgungsauftrag
- ÖPNV braucht finanzielle Förderung durch die Stadt
- Es braucht innovative Finanzierungsmodelle, um den Umstieg zu fördern
- Buslinien und DB besser verknüpfen und aufeinander abstimmen
- Tarifverbund / Verkehrsverbund vorantreiben
- Attraktive Angebote schaffen anstatt auf Nachfrage zu reagieren
- Einrichtung von Bus-/Taxispuren in breiteren Straßen (genereller Busvorrang)  
- Busse schneller als MIV



## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Verkehrsfragen und ÖPNV am 16.02.2017

- Attraktiver ÖPNV-Anschluss neuer Gewerbegebiete schon bei Bezug
- ÖPNV benötigt Aufklärungs- Werbekampagnendurch die Stadt
- Grundsätzliche Willensentscheidung durch die Politik, den ÖPNV zu fördern: mehr Buslinien, mehr Fahrer sind nicht wirkungsvoll, sondern erhöhte Attraktivität heißt schneller und günstiger als MIV

### Fußgängerverkehr

Der Gutachter schlägt vor, den Fußgängerverkehr zu fördern durch ein dichtes umwegfreies ausreichend dimensioniertes und sicheres Fußwegenetz mit

- ausreichend breiten Seitenräumen, die Platz bieten für Nebeneinandergehen, radfahrende Kinder
- begrüneten Straßenräumen mit Aufenthaltsqualität zum Flanieren, Verweilen, Spielen
- barrierefreier Gestaltung
- einem dichten Angebot an sicheren Überquerungsstellen.

Zum Fußgängerverkehr wurden in der Bürger- und Verbändebeteiligung folgende Aussagen erarbeitet:

- Sicherheit für Fußgänger soll erhöht werden
- Aufenthaltsqualität von Fußgängern im öffentlichen Raum soll erhöht werden
- Ausweitung der Fußgängerzone ist sinnvoll
- Durchwegung der Fußgängerzone für Radfahrer ermöglichen
- Auf Nutzbarkeit der Fußgängerzone für mobilitätseingeschränkte Personen achten (kein durchgehender Pflasterbelag)
- Attraktive und fußgängerfreundliche Aufwertung des Ludwigsplatzes

### Fahrradverkehr

Der Gutachter schlägt vor, den Fahrradverkehr zu fördern durch

- sichere, direkte Führung des Radverkehrs auf Schutzstreifen in Hauptverkehrsstraßen
- ergänzende Routen in verkehrsarmen Straßen, Grünanlagen
- mit Radfahren im Blickfeld des Autofahrers, direktem Linksabbiegen, Fahrradstraßen, durchlässigen Sackgassen und Einbahnstraßen.

Zum Fahrradverkehr wurden in der Bürger- und Verbändebeteiligung folgende Aussagen erarbeitet:

- Der Radverkehr ist verstärkt zu fördern und sicherer zu führen
- Ein Schutzstreifennetz entlang der Hauptverkehrsstraßen ist zu verfolgen
- Neu auszuweisende Radwege sollen als Schutzstreifen ausgebildet werden, bestehende Radwege werden peu à peu angepasst
- Die Schutzstreifenbreiten müssen der Geschwindigkeit (Pedelecs, MIV) angepasst werden



## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Verkehrsfragen und ÖPNV am 16.02.2017

- Kein straßenflankierendes Parken bei Schutzstreifen

### Ruhender Verkehr

Der Gutachter schlägt vor, den ruhenden Verkehr stadtverträglich zu organisieren durch

- stärkere Auslastung der Parkieranlagen
- abgestimmte Parkgebühren Straßenrand/Parkieranlagen
- mit Sicherung des Bewohnerparkens in verdichteten Wohngebieten und des Kunden-/ Besucherparkens in Geschäftsbereichen.

Zum Ruhenden Verkehr wurden in der Bürger- und Verbändebeteiligung folgende Aussagen erarbeitet:

- Das Parkraumangebot in der Innenstadt ist ausreichend
- Weitere Parkhäuser sollen in der Innenstadt nicht gebaut werden
- Keine kostenlosen Parkplätze in der Innenstadt - Parken muss teurer als ein ÖPNV-Ticket sein
- Die Loretowiese soll kostenpflichtig in das Parkraumkonzept integriert werden
- Straßenbegleitendes Parken soll zugunsten der Aufenthaltsqualität reduziert werden und auch für alternative Verkehrskonzepte freigehalten werden
- Pendlerparkhaus am Bahnhof

### Verkehrssicherheit

Der Gutachter schlägt vor, die Verkehrssicherheit zu verbessern durch eine Verringerung der Kfz-Verkehrsstärken und Geschwindigkeiten im untergeordneten Straßennetz durch bauliche Umgestaltung des Straßenraumes mit

- ausreichender Dimensionierung von Gehwegen und sicherer Gestaltung von Überquerungshilfen
- barrierefreier Gestaltung des öffentlichen Raumes.

### Umwentlastung

Der Gutachter schlägt vor, die Umwelt zu entlasten durch

- konsequente Förderung der Verkehrsarten des Umweltverbundes (Fußgängerverkehr, Radverkehr, ÖPNV)
- Bündelung des Kfz-Verkehrs auf dem Hauptverkehrsstraßennetz
- nachhaltige Verringerung/Verstetigung der gefahrenen Geschwindigkeiten im Kfz-Verkehr
- Förderung Elektromobilität



## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Verkehrsfragen und ÖPNV am 16.02.2017

### **Beschlussvorschlag:**

Das Gutachten des Büros BSV „Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan“, Schlussbericht Stand Mai 2015, wird zustimmend zur Kenntnis genommen und soll als Grundlage für die städtische Verkehrsplanung dienen.

Die in der Bürger- und Verbändebeteiligung erarbeiteten Aussagen sollen bei künftigen Planungen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu erarbeiten.

### *Ergänzung laut Niederschrift:*

Nach längerer Diskussion soll im Beschlussvorschlag der Textteil „wird zustimmend zur Kenntnis genommen und“ aus der Beschlussformulierung gestrichen, da die CSU-Stadtratsfraktion die Aussagen und Thesen/Zielformulierungen im Gutachten teilweise nicht mittragen kann.

Der Beschlussvorschlag wurde daher entsprechend geändert und lautet wie folgt:

### **Beschluss:**

Das Gutachten des Büros BSV „Untersuchungen zum Verkehrsentwicklungsplan“, Schlussbericht Stand Mai 2015, soll als Grundlage für die städtische Verkehrsplanung dienen.

Die in der Bürger- und Verbändebeteiligung erarbeiteten Aussagen sollen bei künftigen Planungen berücksichtigt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung zu erarbeiten. Die Durchführung bleibt der jeweiligen Projektentscheidung des Verkehrsausschusses sowie den Projektbeschlüssen des Stadtrates vorbehalten.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja - Stimmen	11
Nein - Stimmen	0